

„Alte Geschichten.“

Seit einem Jahre schlägt man die Werbetrommel für die »große liberale Partei« und der ganze Lärm kommt nur der Fortschrittspartei zu Statten, als der thätigsten und rücksichtslosesten unter den Verbündeten.

Schon einmal vor 20 Jahren hat diese Partei durch Ueberrumpelung die Herrschaft über die ganze, sonst schwächliche »große liberale Partei« an sich gerissen und die Zeit ihrer vermeintlichen Größe durch den Ruin des ganzen Staatswesens bezeichnet.

Die Grundsätze und zum Theil die Personen sind noch jetzt die nämlichen, und erst jüngst beim 20jährigen Jubelfest der Partei hat man ihr in allen Blättern der »großen liberalen Partei« nachgerühmt, daß sie ganz dieselbe geblieben sei.

Darum kommt es darauf an, den Worten die Thaten jener Zeit gegenüber zu stellen und das jetzige Geschlecht zu warnen, daß es nicht unter dem Namen der liberalen Partei in Wahrheit die Fortschrittspartei zur Herrschaft bringe.

Dies wird um so mehr zur Pflicht, je mehr die Blätter und Männer, die jene Zeiten nicht bloß erlebt, sondern mit verschuldet haben, trotz ihrer anscheinenden nachherigen Sinnesänderung jetzt wieder Alles thun, um die alten Irrthümer zu verbreiten, und weil außerdem ein neues Geschlecht, welches die Fortschrittspartei noch nicht am Werke gesehen hat, in die Theilnahme an der Politik hineingewachsen ist.

Deshalb werden hier die Großthaten der Fortschrittspartei erzählt, und wenn es der »großen liberalen Partei« nicht gefällt, so möge sie doch eingestehen, daß sie allein hierzu die Veranlassung gegeben hat und täglich giebt.

Zur Geschichte der Fortschrittspartei.

III.

Wie die Fortschrittspartei die deutsche Sache gefördert hat.

Als endlich die große Entscheidung zwischen Oesterreich und Preußen und über ihren Einfluß in Deutschland herankam, stand die gesammte Fortschrittspartei in schreiendem Widerspruch mit ihren eigenen Grundsätzen zu Oesterreich und den Mittelstaaten gegen Preußen. Herr von Bismarck hatte allerdings das preussische Abgeordnetenhaus mit seiner fortschrittlichen Mehrheit bei Zeiten unschädlich gemacht, sobald die Schwierigkeiten mit Oesterreich einen drohenden Charakter annahmen. Er hatte den Landtag schon im Januar 1866 nach Hause geschickt, weil er keine Unterstützung von ihm erwarten konnte. Die Fortschrittspartei aber hielt sich in Vereinen, Stadtverordneten- und anderen Versammlungen schadlos, die sie zum schroffsten Auftreten gegen die preussische Regierung bewog, selbst noch als diese eine Bundesreform auf so freisinnigen Grundlagen, wie sie der Nationalverein selbst in seinen kühnsten Träumen nicht erwartet hatte, beantragte. Versammlungen von fortschrittlichen Wahlmännern und Urwählern protestirten gegen den Krieg; sie erklärten, daß »die verabscheuungswürdige Politik der preussischen Regierung Deutschland unrettbar dem tiefsten Verfall preisgeben müsse«. Fast alle Stadtverordneten-Kollegien, mit rühmlicher Ausnahme besjenigen von Breslau, fast alle Kaufmannschaften und Handelskammern, alle Wahlbezirke Berlins, fortschrittliche Versammlungen u. s. w. sprachen sich gegen den Krieg aus und verlangten einen Regierungswechsel in Preußen; der Abgeordnetentag in Frankfurt verdamnte den drohenden Krieg »als einen der Dynastie dienenden Kabinettskrieg«.

Während Preußens Feinde schon drohend an den Grenzen standen und jeder Augenblick die wichtigsten Entscheidungen im Rathe des Königs oder auf dem Schlachtfelde bringen konnte, sah die Fortschrittspartei in der Gefahr des Vaterlandes nichts

Anderes, als eine günstige Gelegenheit, um die Bismarcksche Regierung endlich zu stürzen!

Wenn sich daher die Fortschrittsleute rühmen, daß schon auf ihrer Fahne Preußens und Deutschlands Größe gestanden habe, ehe Herr von Bismarck die Leitung der Regierung übernommen, und daß dieser nur ausgeführt habe, was sie längst angestrebt, so ist gerade das Gegentheil wahr. Schöne Worte enthielt wohl ihr Programm, aber so oft es auf die That ankam, haben sie ihre eigene Fahne verleugnet. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so hätten wir noch die elenden politischen Zustände wie vor 1866, so stände Preußen noch unter dem Bundestag und die Feinde Preußens hätten ihren Willen durchgesetzt.

Nach der Auseinandersetzung mit Oesterreich sagten sich alle praktischen Politiker von der unfruchtbaren Fortschrittspartei los. »Nicht durch rechthaberisch verneinende Haltung«, erklärten sie, »sondern durch einen wirklichen Antheil und ein Verdienst um die Wendung der deutschen Geschichte unter den Hohenzollern wird die liberale Partei ihre Stellung neu befestigen und, indem sie sich der Krone nothwendig macht, die Rechte des Volkes stärken können. Bismarck hat die deutsche Einheit unaufhaltsam gemacht, wenn das Volk auf seine Seite tritt.«

Die Fortschrittspartei aber, wie sie bisher keinen Theil an den Thaten Preußens gehabt hatte, hat auch weiterhin das Werden und Wachsen einheitlicher Macht Deutschlands niemals unterstützt, vielmehr jeder Zeit zu hindern gesucht. Mit vollem Recht sagte Fürst Bismarck von ihr: »Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu geberlichen, ruhigen Zuständen zu kommen, kommen von der Fortschrittspartei und denen, die mit ihr sympathisiren in den anderen Fraktionen.«

Es würde zu weit führen, alle Großthaten der Fortschrittspartei seit Errichtung des Norddeutschen Bundes bis in die neueste Zeit hinein ins Einzelne zu verfolgen. Es ist eben eine ununterbrochene endlose Kette, in der jedes Glied dem anderen völlig gleich ist. So hat sie schon sofort die Verfassung des Norddeutschen Bundes bekämpft, unter dem Vorgeben, daß sie die in der preussischen Verfassung vorhandenen freiheitlichen Grundrechte nicht enthalte und daß alle (angeblichen) Opfer an Volksrechten die Einigung Deutschlands eher hindern als fördern würden. Bekanntlich ist aber dieselbe Verfassung, welche die Einheit Deutschlands hindern sollte, schon nach vier Jahren die Grundlage der Einigung von ganz Deutschland als Reichsverfassung geworden.

Besonders war alsdann der Fortschrittspartei der Ausgleich über die Militärverfassung, den selbst die freisinnigsten Abgeordneten der anderen liberalen Parteien lebhaft betrieben, sehr zuwider; sie erklärte, Deutschlands militärische Macht nach außen hin sei schon durch die Militärkonventionen mit den kleinen Staaten gesichert. Was wäre aus dem nächsten Kriege, aus dem Schutze des Rheinlandes, Badens und ganz Deutschlands geworden, was für unsägliches Unheil wäre für unser Vaterland entstanden, welche Opfer hätte das Volk statt der Ruhmestage von Wörth, Gravelotte, Sedan u. s. w. bringen müssen, wenn wir eine Militärverfassung nach dem Sinne der Fortschrittspartei gehabt hätten, statt nach dem Sinne unseres Königs, Bismarcks und Volkes!

Dieselben Leute, welche heute wieder mit der Fortschrittspartei Arm in Arm gehen, weil sie angeblich dieselben Ziele verfolgen, schrieben damals u. A. gegen die fortschrittlichen Wahlen in Berlin: »Die Hauptstadt des Deutschen Reichs darf nicht ausschließlich von Männern vertreten sein, die der ganzen Entwicklung unseres deutschen Staatswesens feindlich gegenüberstehen.«

Daß dieses Urtheil begründet war, zeigt die ganze Geschichte des Norddeutschen Bundes. Unser König durfte auf